

# Tabak-Arbeiter

Nr. 1 / Bremen, den 5. Januar 1928

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatslicher Bezugspreis 40 A ohne Frangolohn. Gläubigers- und Lobesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Beilagen: „W e r b e“ Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW. 11, Rönninggräber Str. 07. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand-Hufung, Bremen. Druck: Bremser Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. D. S c h m a l f e l d t & C o. Redaktionschluss Montagabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Domshöhe 20760. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 6349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Millie Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsausführungsvorsitzender: L. S c h o n e, Hamburg, Weidenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

## Das deutsche Wirtschaftsleben im Jahre 1928

Das Jahr 1928 ist das zehnte Jahr nach Kriegsende und das fünfte Jahr nach der Währungsstabilisierung. Als es in die Geschichte eintrat, wies Industrie und Handel noch eine lebhaftere Beschäftigung auf. Das Jahr 1927 war ein Jahr der Hochkonjunktur. Diese hatte im Sommer 1928 eingeseht und sich bis zum Herbst 1927 zu einem außerordentlichen Umfange gesteigert. Von dieser glänzenden Konjunktur vermochte die deutsche Wirtschaft in den ersten Monaten des verfloffenen Jahres noch zu profitieren. Die Produktion ging im Anfang noch über die Ergebnisse des Vorjahres hinaus, um dann im weiteren Verlauf langsam zum Stillstand zu kommen und später in einen Rückgang überzugehen. Das verfloffene Jahr war also in seinem Verlauf nicht einheitlich.

Im Jahre 1928 hatte die Auslandswirtschaft ein wesentlich anderes Gesicht als im Jahre vorher. Im Jahre 1927 stand der deutschen Inlandskonjunktur eine ausgesprochene Depression in den wichtigsten Industrieländern gegenüber. England, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten u. a. konnten über einen Tiefstand der Wirtschaftslage berichten, während in Deutschland die Produktionskraft in ziemlichem Ausmaß in Anspruch genommen wurde. Das hat sich im Jahre 1928 geändert. Die Vereinigten Staaten befinden sich seit Monaten wiederum in einem ausgesprochenen Hochschwung. Frankreich erfreut sich eines raschen wirtschaftlichen Aufstiegs, nachdem die Stabilisierung des Franken endgültig durchgeführt wurde. In der gleichen Lage befindet sich Belgien. Auch Italien beginnt sich wirtschaftlich zu erholen. In Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und den Randstaaten macht sich eine wirtschaftliche Besserung auf fast allen Gebieten bemerkbar. Die nordischen Länder zeigen das gleiche Bild. Nur England krankt nach wie vor an einer hohen Arbeitslosigkeit, obwohl auch dort die Verbesserung der Produktionsgrundlagen in dem abgelaufenen Jahre in einer Weise durchgeführt wurde, daß die englische Wirtschaft als ganzes viel gesunder dasteht, als jemals zuvor. England hat neue Industrien zu entwickeln vermocht, die einen großen Teil der Einfuhr überflüssig machen. Auch in den überseeischen Ländern, vor allem Japan und Südamerika, hat der Wachstumsprozeß angehalten.

### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Wenn wir zu Einzelübersichten schreiten, so dürfte der Verlauf des Arbeitsmarktes als das wichtigste Symptom zu betrachten sein. Die Arbeitslosenzahl, mit der das Wirtschaftsjahr 1928 begann, war geringer als die im Jahresanfang 1927. Auch in den ersten Monaten blieb sie bei ihrem saisonmäßigen Absinken hinter dem Vorjahr zurück. Als dann machte sich aber ein Umschwung bemerkbar, und vom August dieses Jahres gehen die Arbeitslosenzahlen über die des Vorjahres hinaus. Der Verlauf der Arbeitslosigkeit geht aus nachstehender Aufstellung hervor:

Monatsende 1928	Hauptunterstützungsempfänger einschl. Reifunterstützten	v. H. der Gewerkschaftsmitglieder		Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen
		Arbeitslose	Arbeiter	
Januar	1 547 944	11,2	3,5	443
April	891 732	6,9	4,2	316
Juli	646 998	6,3	6,5	270
August	654 689	6,5	7,1	276
September	663 745	6,6	6,9	278
Oktober	763 959	7,3	6,8	307
15. November	904 049	9,4	7,1	—

Daß die Arbeitslosigkeit bereits im Sommer anwuchs, zeigt, daß wir uns in einer rückläufigen Konjunktur befinden. Der Arbeitsmarkt ist in der Nachkriegszeit bedeutend stärkeren Schwankungen ausgesetzt als vor dem Kriege. In den Jahren 1907—1913 kamen auf 100 offene Stellen 313 Arbeitsgesuche in der Spitze, während die niedrigste Ziffer 223 betrug. In den Jahren 1925—1928 bewegten sich diese Zahlen zwischen 632 und 283.

### Die Gestaltung des Warenumschlages

Der Warenumschlag bietet eine sehr gute Orientierung über den Verlauf der Wirtschaft. Die moderne arbeitsteilige Wirtschaft hat ein ununterbrochenes Wachstum zur Voraussetzung. Die Umsätze eines solchen Wirtschaftsorganismus müssen sich dementsprechend entfalten. Stillstand ist Rückschritt. Die Wagengestellung der Reichsbahn hat auch noch im laufenden Jahre, wenigstens bis zum Oktober, einen ununterbrochenen Aufschwung zu verzeichnen. Nur im November machte sich ein Absinken bemerkbar. Die Schifffahrt zeigt ein ähnliches Bild. Sowohl der Eingang wie der Ausgang beladener Seeschiffe in deutschen Seehäfen war 1928 höher als im Vorjahre. Er ging weit über das Ergebnis der Vorkriegszeit hinaus. Die Umsätze der Konsumvereine sind so ziemlich stabil geblieben. Die Erträge der Umsatzsteuer deuten auf einen hohen Grad des Warenumschlages hin. Die Steinkohlenförderung hielt sich auf einer bemerkenswerten Höhe. Eine sehr gute Konjunktur, das ganze Jahr hindurch, hatte die Braunkohlenindustrie zu verzeichnen. Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung gab nur wenig nach. Infolge der Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet ist nur ein Vergleich bis Oktober möglich. Die Produktionsergebnisse der Schlüsselin industrien zeigen mithin das allgemeine Bild von einem gewissen Hochstand der Produktion, die jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres eine allgemeine Abschwächung erfährt.

Eine gute Uebersicht gibt auch nachstehende Zusammenstellung, die auf dem Produktionsindex des Instituts für Konjunkturforschung beruht:

	Industrielle Produktion (Durchschnitt 1925/26 = 100)		
	1926	1927	1928
Januar	95,4	120,3	127,8
April	89,9	122,3	124,6
Juli	94,5	121,0	117,5
August	101,3	121,9	117,8
September	106,2	126,9	117,2
Oktober	111,0	125,0	—
November	118,7	129,3	—

Im ganzen gesehen, geht die industrielle Produktion des verfloffenen Jahres weit über die der Jahre 1925 und 1926 hinaus und steht der des Vorjahres nicht allzuweit nach.

Nicht unwesentlich für die Wirtschaftsgestaltung sind die Verhältnisse auf dem Baumarkt. Die Bautätigkeit hebt sich aus der allgemeinen Konjunktur insofern etwas heraus, weil die öffentlichen Gelder in ziemlich konstanter Weise dem Baumarkt zur Verfügung stehen. Die Bautätigkeit hat sich im verfloffenen Jahre auf einer ziemlich hohen Höhe gehalten. Allerdings wurde das Ausmaß des Jahres 1927 nicht erreicht.

### Geld- und Kapitalmarkt

Wenn wir uns einem anderen Gebiete zuwenden, so bietet der Geld- und Kapitalmarkt lehrreiche Merkmale. Folgende Zusammenstellung vermittelt hierüber eine gute Uebersicht:

	Geld- umlauf	Goldbestand Reichsbank	Abrechnungs- verkehr der Reichsbank	Postschek- verkehr	Spar- kassen- einlagen
		in Millionen Mark			
1928					
Januar	5 922	1 865	10 055	10 488	5 094
April	6 113	2 041	9 586	11 823	5 645
August	6 386	2 248	9 911	12 209	6 252
Juli	6 252	2 232	10 573	12 590	6 075
September	6 567	2 397	9 420	11 441	6 372
Oktober	6 388	2 533	10 984	13 453	6 546
November	—	2 624	10 037	—	—

Der Geldumlauf hatte im Laufe des Jahres eine Erweiterung erfahren. Der Goldbestand der Reichsbank hat nicht unwesentlich zugenommen. Hieraus ist auch die Vermehrung der Zahlungsmittel im Inlandsverkehr zu erklären. Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank ist das ganze Jahr hindurch gleichgeblieben. Der Postscheckverkehr hat sich auf einer ansehnlichen Höhe gehalten. Die Sparkasseneinlagen wuchsen allmonatlich um mehr als 100 Millionen Mark an. Ende 1928 betragen die Sparkasseneinlagen 3091 Millionen Mark und Ende 1927 4665 Millionen Mark. Eine sehr gute Entwicklung, die beweist, daß auch in Deutschland von gewissen Schichten noch gespart werden kann.

### Die Preisentwicklung

geht aus nachstehender Aufstellung hervor:

	Gesamt- index	Agrar- stoffe	Industrielle Rohstoffe u. Halb- w.	Industrielle Produktions- mittel	Fertigm. Konsum- güter
1928					
1. Vierteljahr	138,4	131,2	133,8	135,2	172,9
2. Vierteljahr	140,7	135,1	134,7	136,5	174,9
3. Vierteljahr	141,0	136,1	134,3	137,9	175,8
Oktober	140,1	134,8	133,4	138,6	176,1
November	140,3	135,2	133,5	138,5	176,1

Nach dieser Tabelle, die den Berechnungen des Statistischen Reichsamts entnommen ist, haben sich die Preise deutscher Industriewaren, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände wenig verändert. Gestiegen sind in der Hauptsache industrielle Fertigungsgüter, und unter diesen namentlich diejenigen der Konsumgüter. Da die Konsumgüter bei dem Massenverbrauch sehr ins Gewicht fallen, mußten diese hohen Preise hauptsächlich von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden.

### Die Entwicklung des Außenhandels

ist im verflossenen Jahre befriedigend gewesen. Hierüber soll die folgende Zusammenstellung unterrichten:

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß	Fertigwaren- ausfuhr
	in Millionen Mark			
Monatsdurchschnitt				
1926	833	815	18	580
1927	1186	852	334	629
Januar 1928	1370	862	508	632
April 1928	1171	924	247	682
Juli 1928	1183	914	269	689
August 1928	1083	1026	57	769
September 1928	1087	1059	28	801
Oktober 1928	1213	950	263	703
November 1928	1173	940	233	692

Die Außenhandelsbilanz des verflossenen Jahres ist besser als in irgendeinem anderen der Vorkriegszeit. Erfreulich ist vor allen Dingen die Steigerung der Fertigwarenausfuhr. Dadurch konnte die nachlassende Inlandskonjunktur nicht unwesentlich ausgeglichen werden. Es wäre zu wünschen, wenn die deutsche Industrie auch fernerhin den Versuch machen würde, in fremde Absatzgebiete durch qualitativ hochstehende Produkte einzudringen.

Zum Schluß wäre noch einiges über die Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten zu sagen. Wir bringen hierüber folgende Zusammenstellung:

Leistungsfähiger Wochenlohn (in RM.)

	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	Lebens- haltungskosten
	1927		1928		
Januar	46,40	34,37	48,96	36,91	150,8
April	47,97	36,01	49,99	37,77	150,7
Juli	49,17	36,70	51,42	38,86	152,6
August	49,09	36,63	51,53	39,26	153,5
September	49,02	36,63	51,71	39,82	152,3
Oktober	49,21	36,84	52,10	40,17	152,1
November	49,39	36,98	52,15	40,21	152,3
Dezember	49,43	37,01	—	—	152,7

Die Löhne sind, wie obige Zusammenstellung zeigt, auch im verflossenen Jahre gestiegen. Die außerordentlich aktive Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung hat hierzu nicht unwesentlich beigetragen. Das Jahr 1928 war ein Kampfsjahr ersten Ranges. Die ausgewiesenen Erfolge mußten den Unternehmern in hartem Kampfe abgerungen werden. Die Lebenshaltungskosten, die das Statistische Reichsamt errechnet, sind im Jahre 1928 nur unwesentlich in die Höhe gegangen. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich dabei um die bescheidensten Lebensansprüche handelt, und wichtige Ausgaben nicht einbegriffen sind. Es gehört zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterschaft, auch im neuen Jahre in der Aktivität nicht zu erlahmen.

### Schlußbemerkungen

Wir haben oben versucht, nach den verschiedensten Richtungen hin die deutsche Wirtschaft zu durchleuchten. Wir glauben, daß an Hand dessen ein Gesamtüberblick möglich ist. Am Schlusse des Jahres war eine außerordentlich hohe Zahl von Arbeitslosen zu verzeichnen. So lange es der Wirtschaft nicht gelingt, die Zahl der beschäftigungslosen Menschen herabzumindern, so lange kann sie nicht als eine vollkommene angesehen werden. Selbst in den besten Konjunkturzeiten betrug die Arbeitslosenziffer immer noch durchschnittlich eine halbe Million. Das ist zweifellos kein idealer Zustand. Es müßte mit allen Mitteln seitens der privaten Wirtschaft und seitens der staatlichen Behörden dahin gewirkt werden, daß alle arbeitswilligen Menschen in Deutschland in Lohn und Brot gebracht werden. Erst dann kann man von einer vollendeten Wirtschaft reden. Wir bezweifeln, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung hierzu in der Lage ist.

Es ist schwer, für die Zukunft Prophezeiungen zu machen. Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten weiter answellen. Trotzdem ist die Aussicht vorhanden, daß im Frühjahr neben der saisonmäßigen Besserung auch eine Besserung der Konjunktur einsehen wird. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß ein hoher Lebensstandard die beste Stütze für einen guten Verlauf der Wirtschaft ist. Deshalb werden es sich die Gewerkschaften auch im neuen Jahre angelegen sein lassen müssen, für eine soziale Besserstellung der breiten Verbrauchermassen zu sorgen.

## Hausgewerbetreibende in der Arbeitslosenversicherung

Hausgewerbetreibende, soweit sie krankenversicherungs-pflichtig sind, unterliegen, wie der Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt jetzt entschieden hat, tatsächlich auch der Arbeitslosenversicherungspflicht. Diese Entscheidung ist sehr erfreulich, denn sie räumt mit der bisherigen gegenteiligen und irrtümlichen Auffassung des Reichsarbeitsministeriums auf, wonach nur sogenannte Heimarbeiter versicherungspflichtig seien. Schon der § 69 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestimmt, daß für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert ist, wer auf Grund der RVO. für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist. Auch auf Grund allgemeiner sozialpolitischer Erwägungen haben die freien Gewerkschaften stets den Standpunkt des Reichsarbeitsministeriums bekämpft. Die Grenze zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern ist so flüchtig, daß kein Mensch klare Unterscheidungsmerkmale geben kann, und deshalb hat auch der § 165 RVO. diejenigen Hausgewerbetreibenden in die Versicherungspflicht einbezogen, die weniger als 3000 M. Jahreseinkommen haben und also genau so zu betrachten sind wie die Mehrzahl der Arbeiter.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht versäumen, auf die allen Zahlstellen zugewandene Broschüre mit dem Referat des Genossen Spließt hinzuweisen, worin auch die Frage der Hausgewerbetreibenden in der Arbeitslosenversicherung eingehend behandelt worden ist.

## Die Lebenshaltungskosten im Dezember

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 152,7 gegenüber 152,3 im Vormonat. Sie ist somit um 0,3 v. H. gestiegen. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100): für Ernährung 152,7, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 150,8, für Bekleidung 172,6, für den „sonstigen Bedarf“ einschl. Verkehr 191.





# Tabakgewerbe



## Tabaksteuereinnahmen im November

Die Tabaksteuereinnahmen im November betragen insgesamt 74 376 783,04 RM. Davon waren 61 705 762,69 RM. aus der Bänderrolensteuer, 12 670 285,65 RM. aus der Materialsteuer und 784,70 RM. aus der Tabakerfajstoffabgabe.

## Rückständige und gestundete Tabaksteuer

Ueber die rückständige und gestundete Tabaksteuer einschließlich der Materialsteuer, Tabakerfajstoffabgabe und Nachsteuer unterrichtet nachstehende Zusammenstellung:

Datum	Höhe der gesamten Rückstände	Davon gestundet
1. 1. 1927	49 300 707 RM.	29 253 742 RM.
1. 4. 1927	52 711 529 RM.	30 968 339 RM.
1. 7. 1927	56 964 351 RM.	23 371 374 RM.
1. 10. 1927	58 260 150 RM.	22 799 819 RM.
1. 1. 1928	58 667 971 RM.	26 196 471 RM.
1. 4. 1928	58 921 773 RM.	26 019 963 RM.
1. 7. 1928	58 626 524 RM.	25 869 646 RM.
1. 10. 1928	60 520 215 RM.	25 376 610 RM.

Von den gesamten Rückständen kommen in jedem Falle mehr als 12 000 000 RM. und von den gestundeten Steuern in jedem Falle mehr als 11 000 000 RM. auf das Landesfinanzamt Karlsruhe.

## Das Tabaksteueraufkommen in den beiden letzten Jahren

Aufgekommen ist an Tabaksteuer, einschließlich der Materialsteuer, der Tabakerfajstoffabgabe und der Nachsteuer, in der Zeit von

	1926	1927
Oktober bis Dezember	219 962 294 RM.	207 822 738 RM.
Januar bis März	191 373 669 RM.	211 543 196 RM.
April bis Juni	174 110 262 RM.	192 728 052 RM.
Juli bis September	200 471 011 RM.	221 681 925 RM.

Im Rechnungsjahr 1927, das vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1928 läuft, betrug das Istaufkommen an Tabaksteuer demnach 793 947 207 RM. Nach wie vor steht mit den Tabaksteuereinnahmen das Landesfinanzamt Dresden an erster Stelle. Dagegen hat das Landesfinanzamt Berlin den zweiten Platz an das Landesfinanzamt Schleswig-Holstein abtreten müssen und das Landesfinanzamt Köln den dritten Platz an das Landesfinanzamt Berlin.

## Krisenfürsorge für unterbadische Tabakarbeiter

Unterm 15. Dezember 1928 stellte die Heidelberger Gauleitung unseres Verbandes beim Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in Stuttgart den Antrag, die Tabakarbeiter von Baden in den Orten unter 25 000 Arbeitern zur Krisenfürsorge zuzulassen. Daraufhin ist vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland unterm 22. Dezember 1928 nachstehende Verfügung herausgegeben worden:

Auf Grund der Ermächtigung in Abschnitt I, Abs. 2, Buchstabe b, und Abschnitt III des Erlasses des Reichsarbeitsministers über Personenzirkel und Dauer der Krisenunterstützung vom 13. August 1928 — IV 857/28 — erweitere ich den Personenzirkel, dem Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung gewährt werden darf, für die Gemeinden der Arbeitsamtsbezirke Heidelberg, Mannheim und Bruchsal und für die Zeit vom 17. Dezember 1928 bis 16. März 1929 auf die verheirateten sowie auf solche ledigen Berufsangehörigen des Tabakgewerbes (Berufsgruppe 18 e des Berufsverzeichnis für die Arbeitsnachweisstatistik), die überwiegend Ernährer einer Familie sind. Diese erweiterte Zulassung gilt nicht für die Berufsangehörigen, die in den Städten Mannheim und Heidelberg ihren Wohnort haben.

## Erfolgreiche Beendigung des Kautabakarbeiterstreiks in Duisburg

Der Kautabakarbeiterstreik in Duisburg, über dessen Ausbruch wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 51 (1928) berichteten, hat ein für die Arbeiterschaft günstiges Ende gefunden. Am 27. Dezember ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Firma Arnold Böninger sich nach längerer Verhandlung am 22. Dezember bereit erklärt hatte, eine sechsprozentige Lohnerhöhung für die Stücklohnarbeiter und eine achtprozentige Lohnerhöhung für die Zeitlohnarbeiter zu bewilligen. Außerdem ist über die Regelung der Arbeitszeit und die Bezahlung der Überstunden eine Vereinbarung getroffen worden, die den entsprechenden Bestimmungen im Reichstarifvertrag für das Rauch- und Schnupftabakgewerbe angepaßt ist. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik nicht als unterbrochen. Maßregelungen finden nicht statt.

Ursache und Verlauf des Kampfes zeigen wieder einmal, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. Ohne den Deutschen Tabakarbeiter-Verband hätten die Kolleginnen und Kollegen keinen Rückhalt gehabt und die Firma Arnold Böninger brauchte keine Zugeständnisse zu machen.

## Vertragsabschluß der österreichischen Tabakarbeiter

Am 23. September d. J. beschloß eine Reichskonferenz der österreichischen Tabakarbeiter, den Kollektivvertrag für den 31. Dezember zu kündigen. Zugleich wurden die vom Gruppenauschuß aufgestellten Forderungen bestätigt und in einigen Punkten ergänzt. Die aufgestellten Forderungen wurden der Generaldirektion der Tabakregie schriftlich überreicht. Am 27. November lud die Generaldirektion die Vertreter der beiden vertragschließenden Gewerkschaften zu einer Aussprache ein, doch waren die Zugeständnisse so gering, daß die sofort einberufene Sitzung des Gruppenauschusses beschloß, daß die gemachten Zugeständnisse unzureichend sind, um als Grundlage von weiteren Verhandlungen zu dienen. Am 30. November fand eine neuerliche Aussprache mit der Generaldirektion statt; die gemachten Zugeständnisse gaben nun die Möglichkeit zu Verhandlungen, die am 7. Dezember stattfanden. Das Ergebnis der Verhandlungen ist: Ab 1. Januar 1929 werden die Stammlöhne um 5 Prozent erhöht.

Die Dienstalterszulagen bleiben unverändert; diese betragen für jedes Dienstjahr 25 Groschen in der Woche und steigen bis 8,50 Schilling nach 34 Dienstjahren.

Die Wirtschaftsprämie wird nur mehr in zwei Raten ausbezahlt, und zwar in der zweiten Mai- und der zweiten Dezemberwoche. Im Mai kommen 100 Schilling, im Dezember 150 Schilling zur Auszahlung. Zu Weihnachten dieses Jahres gelangen 100 Schilling zur Auszahlung. Die Gratistabakfassung wird von 10 auf 15 Schilling monatlich erhöht.

Die Pensionen werden am 1. Januar 1929 um 3½ Prozent, zum 1. Januar 1930 um etwas mehr als 4 Prozent erhöht. Da 1927 noch vor Abschluß der Lohnfrage die Pensionsfrage geregelt worden ist, blieben die Pensionisten mit ihren Bezügen zurück. Sie erhalten deshalb für das Jahr 1927 eine Nachzahlung von 3 S für jeden Monat; zusammen 36 S für das ganze Jahr. Diejenigen, die im Laufe des Jahres in Pension traten, erhalten einen Teilbetrag. Für Pensionisten, die im Laufe des Jahres gestorben sind, erfolgt keine Nachzahlung.

Die Pensionisten werden den bestehenden Betriebskrankenkassen angeschlossen; sie haben einen Beitrag zu bezahlen und erwerben dann auch Anspruch auf Verpflegung in öffentlichen Krankenhäusern.

Nach Einlangen der Jahresberichte der Krankenkassen wird die Familienversicherung erweitert. Auch die versicherten Angehörigen sollen die Verpflegungskosten in öffentlichen Krankenhäusern vergütet bekommen, ferner werden die Gebühren für ärztliche Visiten erhöht.

Die bestehenden acht Krankeninstitute der Tabakarbeiter-schaft sollen zu einem Verband vereinigt werden und die erste Aufgabe dieses Verbandes wird sein, ein Rekonvaleszenten- und Erholungsheim zu schaffen.

Die Vertragsdauer beträgt fünf Jahre. Es sind aber die notwendigen Sicherungen vorhanden, die ein Sinken der Lebenshaltung der Tabakarbeiter verhindern. Streitigkeiten aus dem Vertrag selbst werden durch das Wiener Einigungsamt getragen; in der Lohnfrage entscheidet ein Schiedsgericht, in das die vertragsschließenden Gewerkschaften drei, die Generaldirektion ebenfalls drei Vertreter entsenden. Den Vorsitzenden ernannt das Wiener Einigungsamt.

## Die Werbearbeit in Oberbaden

Trotz der ungünstigen Geschäftslage in der Zigarrenherstellung, sowie der Umstellung in einer Reihe von Betrieben, die von der Kopszigarre zur Stumpfenherstellung übergingen, können wir heute schon feststellen, daß die in den letzten Wochen aufgewendete Agitationsarbeit nicht umsonst gewesen ist. Trotzdem sich nur wenige Kollegen zur Verfügung stellten, ist doch ein tüchtig Stück Arbeit geleistet worden. So wurden 77 Orte mit 176 Betrieben mit Flugblättern belegt; in 42 Orten fanden öffentliche und in 2 Orten Betriebsversammlungen statt; in weiteren 2 Orten wurden Hausagitationen vorgenommen. Wenn auch die Zahl von 103 Neuaufnahmen nicht viel bedeutet, so ist in Anbetracht der Erfahrungen, die bei der Werbearbeit gesammelt wurden, damit zu rechnen, daß in nicht allzu ferner Zeit ein größerer Teil den Weg zur Organisation findet. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß die Werbearbeit in erhöhtem Maße fortgesetzt wird, und die Kolleginnen und Kollegen sich mehr als bisher an dieser Arbeit beteiligen.

Auch diesmal mußten wir die Erfahrung machen, daß es in der oberbadischen Zigarrenherstellung Menschen gibt, die ein Interesse daran haben, daß die Arbeiter von der Organisation ferngehalten werden. Aber diese Absichten werden nicht verhindern, daß die Tabakarbeiter Oberbadens in nicht allzu ferner Zeit wieder der Organisation angehören, denn die Verhältnisse drängen sie dazu. Deshalb richten wir die Mahnung an unsere Mitglieder, merkt unablässig für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

## Konferenz- und Versammlungsberichte

**Klein-Anheim.** Die wirtschaftliche Lage im Tabakgewerbe wird immer trostloser, der Beschäftigungsgrad geht immer mehr zurück. Im besonderen steht es im Untermittelgebiet sehr schlecht aus. Die meisten kleinen und mittleren Unternehmer schließen ihre Betriebe, weil ihnen die nötigen Betriebsmittel fehlen, der Zoll macht den kleinen Unternehmern sehr stark zu schaffen. Wir wissen aus der praktischen Erfahrung, daß die meisten kleinen Unternehmer beim Staat durch den Zoll verschuldet sind. Auch wäre die Frage der vielen Beamten, die durch die Zollerhebung notwendig sind, einmal einer genaueren Prüfung zu unterwerfen. Wir können die Beobachtung machen, daß einer dem anderen Arbeit verschafft; eine Bureauratie herrscht hier sondersgleichen. Von berufsmäßigen Kenntnissen der Beamten keine Spur. Sie verlangen heute von den kleinen Unternehmen etwas zuviel. Wir wollen keine Lätze brechen für die Unternehmer, aber die Kollegen und Kolleginnen sind die Leidtragenden. Wenn dem schon so ist, so sollte man sich in maßgebenden Kreisen einmal ernstlich mit der Frage des Monopols beschäftigen. Auf Grund dieser Verhältnisse findet am 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Faß“ eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle statt. Bei dieser Gelegenheit wird auch das neue Verbandsstatut behandelt werden. Wir richten deshalb an alle Kolleginnen und Kollegen, auch die arbeitslosen, die dringende Bitte, in der Versammlung zu erscheinen.

## Literarisches

„Arbeiter-Sprachzeitung“. Die neue Nummer dieser sozialistischen Sprachzeitschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Die Zeitschrift wird allen, die sich mit fremden Sprachen beschäftigen, eine willkommene Hilfe sein. Neben kurzen Erzählungen in englischer und französischer Sprache enthält die Zeitschrift vor allem Texte aus ausländischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen (mit Worterklärungen und Aussprachebezeichnung) für Vorgesprochene wie auch für Leser mit geringen Vorkenntnissen. Ferner wird die Muttersprache regelmäßig in dem Abschnitt „Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ behandelt. — Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 M. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, die Postanstalten oder durch die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W 57, Bietenstraße 6a.

## Bekanntmachungen

Am 8. Januar ist der 1. Wochenbeitrag fällig

Was die Zahlstellenverwaltungen am Jahresanfang nicht vergessen dürfen

Um eine geordnete Geschäfts- und Kassenführung des Verbandes zu gewährleisten, ist es notwendig, daß jede Zahlstellenverwaltung sofort mit der Aufstellung der Quartalsabrechnung beginnt und alle überschüssigen Verbandsgelder an den Vorstand in Bremen schickt. Ebenso ist es erforderlich, daß die Statistik-karten und Fragebogen vollständig und richtig ausgefüllt an den Vorstand in Bremen geschickt werden.

### Achtung!

Da die Firma Spethmann & Co. (Inhaber Dr. Meyer) in Plön versucht, der Kautabakarbeiter-schaft das Koalitionsrecht streitig zu machen, ist es notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen, die dort Arbeit annehmen wollen, sich vordem mit dem Kollegen Paul Timm, Plön, in Verbindung setzen.

### Folgende Gelder sind eingegangen:

- 15. Dezember. Gießen 200.—
  - 20. Offenbach a. M. 100.—, Briedel 80.—, Osnabrück 800.—, Heidenberg 2000.—, Frankenberg 700.—
  - 21. Miltzheim 180.—, Mennighüffen 250.—, Heidenheim 500.—
  - 22. Unsbach 100.—, Neufreistadt 100.—
  - 24. Schmölln 117,88, Bünde 1000.—, Eichenach 12,10, Eichtersheim 50.—, Bochum 60.—, Rülzheim 100.—, Neudamm 50.—, Breslau 1200.—, Hamburg 300.—
  - 27. Köln 100.—, Berlin 6000.—, Lobenstein 878.—, Wizenhausen 450.—, Eilenburg 40.—, Striegau 200.—, Großbreitenbach 157,20, Janau 450.—, Zerbst 40.—, Guben 110.—, Rostock 100.—, Cella 24,75, Dohrenbach 58,54, Minden 65.—, Frankenstein 14,45, Odenheim 70.—, Herford 250.—
  - 28. Berlin 850.—, Penig 45.—, Kaiserslautern 300.—, Ittlingen 75,76, Raitensundheim 86,95, Lunzenau 150.—, Wöhlau 220.—
  - 29. Offenbach 200.—
- Bremen, den 2. Januar 1929. J. Krohn.

### Als verloren gemeldet:

- Leipzig: Das Mitgliedsbuch S II 4487 Selma Drosche, geb. 27. 5. 78 in Freiberg i. Sa., eingetr. 1. 4. 22. (478/114. 28.)
- Berlin: Das Mitgliedsbuch S IV 37249 Gertrud Pilzka, geb. 1. 1. 07 in Berlin, eingetr. 22. 9. 24. (483/115. 28.)
- Dresden: Das Mitgliedsbuch SA 2661 Helene Franke, geb. 12. 3. 01 in Dresden, eingetr. 2. 7. 26. (484/116. 28.)
- Das Mitgliedsbuch S II 101300 Charlotte Kroschmar, geb. 8. 1. 00 in Dresden, eingetr. 10. 8. 18. (484/116. 28.)
- Pfingststadt: Das Mitgliedsbuch S II 06633 Daniel Reimund, geb. 13. 5. 79, eingetr. 31. 5. 96. (485/117. 28.)
- Das Mitgliedsbuch S II 51598 Christoph Crößmann, geb. 11. 6. 57, eingetr. 17. 7. 95. (485/117. 28.)
- Das Mitgliedsbuch S II 06604 Peter Engelhardt, geb. 18. 7. 51, eingetr. 5. 11. 94. (485/117. 28.)
- Heilbronn: Die Mitgliedskarte Wilhelm Marquendant, geb. 1. 9. 00 in Kleingartach, eingetr. 14. 12. 27. (487/118. 28.)
- Walldheim: Das Mitgliedsbuch SA 19305 Marie Schmitz, geb. 22. 4. 97 in Walldheim, eingetr. 3. 10. 27. (489/119. 28.)
- Oppeln: Das Mitgliedsbuch S IV 8231 Marie Böhme, geb. 28. 2. 77 in Oppeln, eingetr. 7. 1. 26. (490/120. 28.)
- Bremen: Das Mitgliedsbuch S II 83772 Wilh. W. Pomp, geb. 30. 12. 69 in ?, eingetr. 1. 12. 06. (491/121. 28.)

Unserem langjährig. Kollegen

## August Schütz

nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit Weihnachten 1928.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Züllichau.

Gebt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

WER MUSIK LIEBT UND MUSIK KENNT

versenden direkt an Private  
MUSIKINSTRUMENTE - SPRECHAPPARATE  
zu denker niedrigsten Preisen

**HEROLDIOS**  
KLEINERTHAL, Nr. 55  
Heroldios gen. Heroldios - Teilung gen. H.

**KAUF NUR EIN HEROLDIOS INSTRUMENT**

10000

Dankschreiben über **Bettfedern**

„ewigen unsere kon-turrenzlose billige, gute u. rasche Bedienung, 1 Pf. grüne 0,80 und 1.—, halbe 1,50, ar. Halbbaunen 2,50 u. 3.—, weiß, Baumkrupf 3,80, 4,50, Spezial, 5.—, weiße handgeschickte Halbbaunen 8,50, 4,50, baumeneitliche 6,50, 8,50, weißer Brustbaum 8.—, 10.—, Oberbett 21.—, Kissen 11,50, Unterbett 19.—. Winter und Preisliste umsonst, von 9 Pfund franco gegen Nachnahme. Wichtig-passend Geld zurück.“

**Josef Christa Nachf., Cham 449, bay. W.**  
Der Name allein bürgt für reelle Bedienung.



## Schützt Leben und Gesundheit!

Lieber 1 Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum sicher über 2 Millionen Unfälle ereignet. Fast 24 000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Also

**täglich 64 Tote durch Unfall!**

Welche Unsummen von Schmerz, Kummer und Elend, zerstörtem Familienglück, vernichteten Existenzen, gescheiterten Zukunftshoffnungen und verlorenen wirtschaftlichen Werten stecken in diesen Zahlen!

Behörden, Berufsgenossenschaften, Verkehrsorganisationen, Gewerkschaften, soziale, wirtschaftliche und technische Verbände sind bestrebt, Aufklärung zu schaffen und Einrichtungen zu treffen, um Unfälle zu verhindern. Manches ist schon erreicht — vieles bleibt noch zu tun!

Es gilt die in Haus und Beruf, im Verkehr, in der Werkstatt und im Betriebe drohenden Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Ein großer Teil der Unfälle ist vermeidbar, aber nur, wenn jeder bestrebt ist, sich und andere zu unsfallsicherem Verhalten zu erziehen!

Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Allheilmittel gegen Unfälle!

**Jeder muß mithelfen, Unfälle zu verhüten!**

Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Dieses Verständnis und Verantwortungsgefühl zu verbreiten und zu vertiefen, ist das Ziel einer großen, von den Verbänden der Berufsgenossenschaften ausgehenden Veranstaltung.

Vom 24. Februar bis 3. März 1929

wird die

**Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo)**

stattfinden. In allen beteiligten Kreisen hat dieser Gedanke sofort lebhaften Widerhall gefunden.

Während dieser Woche soll möglichst in allen Orten des Reiches mit allen Mitteln der Aufklärung, Belehrung und Werbung die Aufmerksamkeit auf die Unfallverhütung hingelenkt werden.

Zweck und Ziel der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist die dauernde und freudige Mitarbeit jedes einzelnen im Kampfe gegen die Unfallgefahren. Es geht um das Wohl aller Volksgenossen, es geht um Leben und Gesundheit jedes einzelnen!

**Der Wahlspruch der Reichs-Unfallverhütungs-Woche**  
**„Selbst Unfälle verhüten!“**

muß für alle Zeiten jedermanns Wahlspruch werden.

An alle Bevölkerungskreise ergeht der Ruf, mitzuwirken.

Wissell, Reichsarbeitsminister.

Schäffer, Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Professor Dr. Adam, Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung.

Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung:

Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften. Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure. Verband Deutscher Elektrotechniker. Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten.

D. Spiecker, Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Dr. Schroeder, Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.



## Nimm mol 'n Stift!

Minsch, mi doht de Tån so weh,  
 häst du nich 'n Stift?  
 Jau, min Jung — hier: griep mol too:  
 dat is vö Lämpien Gift!

Minsch, mi löpt de Lebber lang  
 'n grote geele Lus.  
 Oh, min Fründ, man half so slimm:  
 de Stift driffst di se ut!

Minsch, min armes Pottmonnä,  
 dat is ganz smol un slapp.  
 Läg doch mol 'nen Swatten rin:  
 denn häste wengstens watt!

Minsch, min Brut, dat olle Diert:  
 se is mi dörchgebrannt.  
 Oh, Kleenigheet, nimm doch 'nen Stift —  
 un spä mol an de Wand!

Und watt du jüst vö Sorgen häst,  
 du driffst se alle meck:  
 Bit in den Stift, un stäk em dann  
 deep in din Kuseneck.

'n Stift, min Jung, dat is noch mehr  
 as wie 'n steeven Grog.  
 Veel läweger noch 'n Kull vun Stift  
 as wie 'n neegen Rock! Max Dortu.

## Fürstlicher Boykott

Eine Erinnerung

Von F. Geyer

Eine Episode aus sozialistengesellschaftlicher Zeit, die charakteristisch ist für den Umschwung seit jener Zeit, sei hier der Vergessenheit entzissen.

Nach zehnmonatiger Gefängnishaft, zu der ich in dem bekannten Wahlprozeß 1881/82 verknurrt worden war, kehrte ich nach Großenhain zurück, erhielt dort aber, auf Betreiben des damaligen Bürgermeisters Ludwig Wolf, keine Arbeit. Mit Hilfe der Ersparnisse einiger Parteifreunde gründete ich jedoch — zum Aerger unserer Gegner — ein selbständiges Tabak- und Zigarrengeschäft, das mich und die Meinen bescheiden ernährte. Ich blieb also in Großenhain, wie es auch die Genossen wollten.

Dieses kleine Geschäft wurde jedoch scharf boykottiert. Rein Spiekhbürger setzte einen Fuß über die Schwelle, und den Soldaten war das Betreten meines Geschäfts durch Regimentsbefehl streng verboten. In G. garnisonierte ein Husarenregiment. In diesem Regiment war Prinz Friedrich August, nachmaliger König von Sachsen, als Rittmeister stationiert.

Schrägüber von meinem Geschäft befand sich im Hotel de Sage das Offizierskasino des Regiments. Von hier aus konnte mein Geschäft völlig übersehen werden. Trotzdem kamen manchmal Husaren in den Laden, um sich Kautabak zu kaufen. Unser „Priem“ war sehr beliebt, weil er, gut behandelt, stets frisch und saftig war.

## Frau und öffentliche Fürsorge

Es ist — wenn auch einesteils leicht verständlich — äußerst beklagenswert, festzustellen, wie wenig gerade die ärmeren Volksschichten vertraut sind mit der öffentlichen Fürsorgepflicht des Staates. Welch ungewöhnliches Maß von Armut und Elend ist nicht immer wieder da und dort vorzufinden, ohne daß die Betroffenen auch nur ahnen, daß die Gesellschaft zu ihrer Unterstützung verpflichtet ist. Immer wieder kann man solche arme Menschen antreffen, die unter den widrigsten Verhältnissen ihre kleinsten und ärmsten Angehörigen auf Bettel schicken und dabei sich glücklich schätzen, so einen Bruchteil hereinzubekommen von dem, was ihnen die öffentliche Fürsorge von Rechts wegen zu gewähren hätte, wenn ihr der Fall zur Kenntnis gebracht wäre. Daneben gibt es wieder eine Gruppe Menschen, die durch irgendwelche widrigen Umstände in hoffnungslos wirtschaftliche Verhältnisse geraten und — zu stolz, um zu betteln, und nicht vertraut mit dem Anspruchsrecht Bedürftiger auf öffentliche Unterstützung — so manchmal buchstäblich langsam verhungern. Die täglichen Meldungen von Freitod und Selbstmordversuchen mit dem Motiv: schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, reden hierüber eine deutliche Sprache.

Es liegt eine ungeheure Tragik in all diesen Tatsachen, besonders für denjenigen, der weiß, daß die übergroße Mehrzahl dieser sozialen Tragödien nur deshalb möglich wird, weil die Betroffenen entweder den Weg zur öffentlichen Fürsorge nicht kennen oder aber deren Charakter verkennen und aus falschem Schamgefühl heraus auf Inanspruchnahme verzichten, weil sie den Tod vor „Armenunterstützung“ bevorzugen. Sie wissen eben noch nicht, daß es eine der vornehmsten Errungenschaften des neuen Staates ist, den Begriff „Armenunterstützung“ aus dem sozialen Denken unserer Zeit ausgelöscht zu haben, durch die Verkündung des Anrechts auf Arbeit im Staate in Verbindung mit der Versorgungspflicht gegenüber Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen.

Die Neuordnung über die Versorgung Arbeitsloser (in der Arbeitslosenversicherung) ist nun schon ganz dem sozialen Denken und dem Volksbewußtsein eingegangen, ohne im geringsten moralisierend empfunden zu werden. Anders mit der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber allgemein Hilfsbedürftigen. Und doch ist im Grunde genommen kein Unterschied zwischen beiden Versorgungsmaßnahmen. Auch die öffentliche Fürsorge ist heute nicht mehr Gegenstand kommunaler Armenversorgung, deren Anwendung und Ausmaß abhängig war von dem guten Willen und der Gunst der selbstherrlich regierenden „Gemeindeväter“ aus der Vorkriegszeit, sondern die öffentliche Fürsorge ist heute eine durch Reichsverordnung vom 13. Februar 1924 den öffentlichen Verwaltungsstellen auferlegte Verpflichtung zur Betreuung aller Hilfsbedürftigen. Es besteht, um es anders auszudrücken, durch die „Verordnung über die Fürsorgepflicht“ vom 13. Februar 1924 ein ebenso gesetzlich und moralisch unantastbarer Anspruch Hilfs-

bedürftiger auf Unterstützung durch den Staat, als durch entsprechende Bestimmungen ein Anspruch der Beamten auf Pensionsgewährung besteht. Nur darin weicht die Versorgungstätigkeit über die öffentliche Fürsorge ab von der Versorgungstätigkeit über die Einrichtungen der Sozialversicherung, daß in der eigentlichen Sozialversicherung (Invaliden-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) die Versorgungstätigkeit automatisch im Bedarfsfalle einsetzt, während die Versorgungstätigkeit durch die öffentliche Fürsorge in jedem einzelnen Fall beantragt werden muß durch besondere Anmeldung des Hilfsbedürftigen. Das ist deshalb so, weil in der Sozialversicherung jeder Versicherte unter ständiger Kontrolle der Versicherungsträger steht, während die öffentliche Fürsorge erst dann den Bedürftigen kennenlernen kann, wenn er irgendwie besonders gemeldet wird, das heißt den Fürsorgeverbänden zur Kenntnis gelangt. Und dieses: Bedürftigkeitsfälle den Fürsorgeverbänden zur Kenntnis bringen ist eine der schönsten und dankbarsten Aufgaben der proletarischen Frau. Gerade im proletarischen Milieu steckt ja die größte Bedürftigkeit, und die Mehrzahl unserer Leserinnen weiß sicher irgend so einen „hoffnungslosen“ Fall aus ihrem Umkreise zu berichten. Hast du, liebe Freundin, dich schon einmal darum interessiert, ob dort schon die öffentliche Fürsorge Tätigkeit eingesetzt hat? Wo du das erfahren kannst? Wenn nicht anders, dann bestimmt bei der zuständigen Kommunalverwaltung. Es gibt dort schon vielfach hauptamtliche Kräfte (Fürsorgepflegerinnen, Wohlfahrtspflegerinnen usw.). Aber auch ehrenamtliche Helfer existieren überall, sogenannte Pfleger. Ihre Namen sind immer zu erfahren bei einem Mitgliede des Gemeinde- oder Stadtparlamentes. Wer aber den Weg zu diesen „amtlichen“ Stellen scheut, der wende sich an irgendeinen privaten Wohltätigkeitsverband, wie z. B. an die Arbeiterwohlfahrt, der durch die „Verordnung über die Fürsorgepflicht“ neben der öffentlich-rechtlichen Wohlfahrtspflege Gleichberechtigung zugesichert ist und die auch dort überall ihre Vertreter und Mitwirkende sitzen hat.

Es würde hier zu weit führen, auf die Fürsorgeleistungen im einzelnen einzugehen. Völlig genügend aber ist auch das Gesagte, da ja hauptsächlich nur das Interesse aller Leserinnen für diese ganze Einrichtung geweckt werden sollte, weil ja die besten erworbenen Vorteile wertlos bleiben, solange sie für die Kreise, denen sie zugedacht waren, unbekannt sind. Gerade bei den Ärmsten der Armen und bei den am meisten hilfsbedürftigen Menschen herrscht ja die größte Unwissenheit über öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Hier aufklärend zu wirken und Kindernd mitzuhelfen, nicht wahr, liebe Freundin, wirst auch du uns gern an der Schwelle des neuen Jahres versprechen. Wenn wir immer daran denken, daß auch die andern alle des Lebens Unbill und Unannehmlichkeiten genau so empfinden wie wir selber, dann wird uns auch immer der Wille und die Lust zur Mitwirkung am sozialen Dienst erhalten bleiben. Daß uns allen dieser Wille und diese Lust im neuen Jahre in doppeltem Maße erwache, soll noch als besonderer Neujahrswunsch angefügt sein.

L. Z., B.

Eines Sommertages kamen auch zwei Husaren und kauften sich einen „Stift“. Ich machte sie aufmerksam auf das Verbot und stellte sie an die Seite, so daß sie vom Kasino aus nicht gesehen werden sollten. Außerdem trat ich bei ihrem Fortgang an die Ladentür und guckte, ob „die Luft rein war“. Nach ein bis zwei Minuten rief plötzlich sehr eifrig der Genosse Rich. Zacher in den Laden herein: „Fritz, komm mal schnell raus!“ Ich kam, und da zeigte mir der Genosse, wie drüben in der Allee ein Trupp Arbeiter, die soeben — 7 Uhr — aus den Fabriken gekommen waren, um drei Husaren herumstanden. Der eine davon war Friedrich August, die beiden anderen jene, die bei mir im Laden gewesen waren. Friedrich August hatte sie erwartet und gestellt! Da sie nicht wußten, daß das Betreten dieses Ladens verboten sei? Als das bejaht wurde, ließ er sich Namen und Eskadronnummer sagen und schrieb das auf.

Die umstehenden Arbeiter lachten und spotteten, da zog August ab. Nachträglich erfuhr ich durch dieselben Husaren, daß der Prinz sie beim Regiment denunziert hatte und daß jedem ein Tag „Kasten“ (Gefängnis) aufgebrannt worden war.

Doch die Zeit ging weiter.

Friedrich August war an Stelle seines verstorbenen Vaters König von Sachsen geworden und regierte flottweg. Bis dann der Krieg und nach ihm die Novemberrevolution kam. Da mußte August der Regierung entfliehen, was er bekanntlich resigniert mit den Worten tat: „Na, da macht euren Quark alleene!“

Aber weiter. Als August schon gegangen war, beschlossen die Genossen von Leipzig, ihm seine königlichen Minister nachzusenden. Wir, die Genossen Lipinski, Seger und ich, wurden nach

Dresden geschickt, um dort eine sozialdemokratische Regierung einzusetzen. Das geschah. Am nächsten Tage war die „königliche“ Regierung abgesetzt und eine sozialdemokratische gebildet. Wir war der Auftrag geworden, die Leitung des Finanzministeriums zu übernehmen.

Als Finanzminister mußte ich über das ganze Vermögen des Königs, der einst mein Geschäft boykottiert hatte, die Beschlagnahme verfügen. Ein treffendes Kennzeichen für den Umschwung, der seit jener sozialistengesetzlichen Zeit eingetreten war.

Ich selbst betrachtete die Geschichte als eine mir vom Geschick gegebene Benugtung, und wir haben oft darüber geredet.

Sollte sich aber Friedrich August von Wettin jetzt noch der Dinge erinnern, dann mag er nachdenken über das Dichterwort: „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein em'ger Bund zu flechten.“

## Der Geschäftstrick

Von Guy de Teramond

Frau Roududu befand sich in einer schwer zu beschreibenden Erregung.

Ich appelliere an die Damenwelt: ist es zulässig, daß man in einem großen Warenhaus irgend etwas vergeblich sucht? ...

Run, Madame Roududu verlangte in solch einem Kaufhaus einen Stoff, von welchem die Freundin einer ihrer Freundinnen



# Das Internationale Arbeitsamt im Jahre 1928

Die Erfolge der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts finden ihren Ausdruck in der steigenden Zahl der Ratifikationen der Übereinkommen der Arbeitskonferenz. Auf diesem Gebiete hat das Jahr 1928 einen ganz beachtlichen Fortschritt gebracht. Die Zahl der ratifizierten Übereinkommen ist um 85 auf nunmehr insgesamt 333 Ratifikationen gestiegen, während die Steigerung im Jahre 1927/28 und im Jahre 1926/27 betrug. Auch die Zahl der Übereinkommen selbst hat im Jahre 1928 eine Erhöhung erfahren. Die vom 30. Mai bis 19. Juni 1928 in Genf tagende 11. Internationale Arbeitskonferenz hat mit 66 gegen 21 Stimmen ein internationales Übereinkommen betreffend die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen angenommen. Dieses Übereinkommen verpflichtet jeden ratifizierenden Staat, Verfahren zu schaffen, die es gestatten, Mindestlöhne für die Arbeitnehmer in gewissen Gewerbebranchen oder Teilen von Gewerbebranchen, insbesondere in der Heimindustrie festzusetzen, sofern keine Einrichtungen zur wirksamen Regelung der Löhne bestehen, oder wenn die Löhne außerordentlich niedrig sind. Damit hat sich die Zahl der auf den bisher abgehaltenen 11 Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Übereinkommen auf 26 erhöht.

Weiter wurde auf dieser Konferenz die Frage der Unfallverhütung einer ersten Beratung unterzogen und einstimmig beschlossen, die Frage zur endgültigen Beschlussfassung auf die Tagesordnung der 12. Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen, die im Mai/Juni 1929 in Genf stattfindet. Es wurde ferner ebenfalls einstimmig beschlossen, im Rahmen dieser Konferenz auch die Frage des Schutzes der mit dem Be- und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter zu behandeln.

Neben der Schaffung internationaler, arbeitsrechtlicher Übereinkommen und der Förderung ihrer Ratifikation fällt dem Internationalen Arbeitsamt die wichtige Aufgabe zu, die Durchführung dieser Übereinkommen zu überwachen. Die Regierungen berichten auf Grund der Vorschriften des Artikel 408 des Friedensvertrages alljährlich über die von ihnen zur Durchführung der ratifizierten Übereinkommen ergriffenen Maßnahmen. Diese Berichte werden von einem Sachverständigenausschuß geprüft. Es kann gesagt werden, daß sich die im Vorjahre mit der Einführung dieses Verfahrens verbundene Hoffnung auf eine wirksame Kontrolle der Durchführung ratifizierter Übereinkommen erfüllt hat.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes haben sich im Jahre 1928 wiederholt mit dem Vorschlag der englischen Regierung befaßt, das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag abzuändern und seine Revision auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 zu setzen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Dagegen nahm der Verwaltungsrat Grundsätze für ein Verfah-

ren der beschränkten Revision internationaler sozialpolitischer Übereinkommen an. Es wurde ferner der Direktor des Internationalen Arbeitsamts beauftragt, für alle im Jahre 1919 angenommenen Übereinkommen einen Bericht über ihre Durchführung vorzulegen gemäß der in diesen Übereinkommen enthaltenen Bestimmung, daß alle 10 Jahre über ihre Durchführung an die Konferenz zu berichten ist.

Weiter hat der Verwaltungsrat beschlossen, im Jahre 1929 neben der allgemeinen Internationalen Arbeitskonferenz eine besondere Schiffahrtskonferenz abzuhalten, die im Oktober stattfinden wird und sich hauptsächlich mit der Frage der Regelung der Arbeitszeit an Bord und der Frage des Schutzes erkrankter Seeleute befaßt.

Im Jahre 1928 haben auch einige Ausschüsse des Internationalen Arbeitsamts oder des Verwaltungsrats getagt, so der paritätische Schiffahrtsausschuß, der Sachverständigenausschuß für gewerblichen Gesundheitsschutz, der sich hauptsächlich mit der Frage der Erweiterung der Liste von entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten befaßt, ferner der Sachverständigenausschuß für Eingeborenenarbeit, dessen Beratungen einer Vorbereitung der Behandlung der Eingeborenenarbeit auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz dienten. Weiter hat der beratende Ausschuß für geistige Arbeiter im Oktober seine erste Tagung abgehalten und sich dabei mit der Frage der Konkurrenzklause im Arbeitsvertrag der Techniker und Angestellten in Handel und Gewerbe befaßt.

Im Jahre 1928 hat das Internationale Arbeitsamt seine Aufmerksamkeit im wachsenden Maße der Arbeit der farbigen Rassen und insbesondere den asiatischen Problemen zugewandt. Dies fand seinen Ausdruck in der Reise des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes nach Südafrika, wo er sich an Ort und Stelle über die einschlägigen Fragen im Hinblick auf die für 1929 vorgesehene Beratung der Frage der Eingeborenenarbeit auf der 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz unterrichtete. Weiter befindet sich der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, augenblicklich auf einer Informationsreise nach Japan und China, die dem Zwecke dient, die auch für die europäische Arbeiterschaft so wichtigen Probleme der asiatischen Arbeit einer Lösung auf dem Wege der internationalen Arbeitsgesetzgebung näher zu bringen. Dies Bestreben findet auch seinen Ausdruck in der kürzlich erfolgten Eröffnung eines indischen Zweigamtes des Internationalen Arbeitsamtes in Delhi.

Neben dieser Arbeit waren auch die wissenschaftlichen Arbeiten des Internationalen Arbeitsamts im Jahre 1928 sehr umfassend. Außer den zur Vorbereitung der Konferenz erforderlichen Berichten und Dokumenten, neben dem als Jahrbuch der internationalen Sozialpolitik geltenden Bericht des Direktors an die Internationale Arbeitskonferenz, der auch in diesem Jahr in allen Kreisen wieder allgemeine Anerkennung gefunden hat, neben der Veröffentlichung periodischer Schriften, der Gesetzsreihe und anderer mehr, sind im Jahre 1928 wieder zahlreiche

bei einem 5-Uhr-Tea eine ihrer anderen Freundinnen hatte sprechen hören.

Der Name des Webereiproduktes war ihr entfallen: es handelte sich um einen gemusterten Wollstoff, mit einem Einschlag von Seide, der von Baumwollfäden durchzogen war.

Sollte man glauben, daß so etwas schwer zu finden sei?

Trotzdem: die Verkäuferin konnte dem Wunsch der Dame nicht entsprechen. Es gibt eben ungläubliche Dinge.

Frau Roududu wies verächtlich Organdin, Jakonett und Vigogne zurück.

„Nein! ... Nein! ... Das ist es nicht!“

Vergeblich, einer jungen Frau verständlich zu machen, was sie selbst nicht versteht!

Seit Minuten verfolgt der Abteilungschef die kleine Szene, und wie die Stimme der Kundin ein wenig lauter wird, nähert er sich.

„Sie wünschen, Madame?“ fragt er.

Sie erwidert gereizt:

„Ich erinnere mich nicht daran, wie der Stoff heißt, aber es ist erstaunlich, daß Sie ihn nicht haben!“

„Wirklich erstaunlich, Madame!“ pflichtete der Rayonchef bei. „Ich möchte sogar sagen: unmöglich! Übrigens, ich weiß vollkommen, was Sie meinen; wir haben vergangenen Montag fünf Stück davon bekommen. Aber die Nachfrage war so stark, daß schon alles verkauft wurde. Was ich aber nicht begreife, ist, daß noch kein Ersatz da war. Wir werden das gleich aufklären!“

Er wandte sich an die Verkaufsdame: „Fräulein, wollen Sie Herrn Anatol rufen!“

Die Züge der Frau Roududu hellten sich auf. Im Grunde war es ihr ja gar nicht so sehr gerade um diesen Stoff zu tun; nur weil er fehlte, wollte sie ihn unter allen Umständen haben.

Jetzt, wo man sie zufrieden zu stellen trachtete, wußte sie nicht mal sicher, ob sie just diesen Stoff für einen ihr noch unbekannteren Zweck wünschte.

Aber schon kam die Verkäuferin zurück; ihr folgte ein kleiner, blond, schwächlicher, leidend aussehender junger Mensch mit abfallenden Schultern, unstät blickenden Augen, der eine unglückliche Miene zur Schau trug und der seinen Rücken in Erwartung des über ihn hereinbrechenden Sturmes schon krümmte.

„Herr Anatol“, fuhr ihn streng der Abteilungschef an, „was bedeutet denn das? Der von der Dame gewünschte Stoff ist nicht vorhanden?“

Seine Blicke kehrten sich fragend Frau Roududu zu:

„Und wie heißt er?“

Diese sagte leise, einigermaßen verlegen:

„Den Namen habe ich vergessen!“

„Sehen Sie, Madame hat sogar seinen Namen vergessen! ... Es ist unbegreiflich! Nur an Ihnen liegt es, wenn solche Sachen vorkommen. ... Sie haben es versäumt, ihn neu zu bestellen!“

Demütig, schweigend hörte Anatol das an und suchte sich nicht einmal zu verteidigen. ... Sicher, er trug die Schuld daran. ... Er mußte es zugeben. Es war unverzeihlich!

„Ich bin gezwungen, diesmal Ihre Entlassung zu beantragen.“

Von Mitleid ergriffen, suchte Frau Roududu zu vermitteln.

sehr bedeutende Studien und Berichte erschienen, von denen insbesondere das große fünfbändige Werk über „Das Recht der beruflichen Vereinigung“ erwähnt zu werden verdient, sowie die kürzlich erschienenen Studien über „Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Journalisten“, „Die Löhne und Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken“ und „Die Methoden der Wohnungsstatistik“.

Alle diese Maßnahmen des Internationalen Arbeitsamts dienen dem Ziele, die im Teil XIII des Friedensvertrages aufgestellten Grundzüge der sozialen Gerechtigkeit nach und nach zu verwirklichen.

## 25 Jahre Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

Zu Beginn des neuen Jahres begeht die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, ihr 25jähriges Jubiläum. Die Verlagsgesellschaft ist aus der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. hervorgegangen, die bald nach der Gründung des Zentralverbandes ins Leben gerufen wurde, um zunächst die bis dahin bei der Schriftleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine gewesene Herausgabe von genossenschaftlichen Schriften und den Vertrieb von Bureauentwürfen zu übernehmen. Das geschah vor nunmehr 25 Jahren, am 2. Jan. 1904.

Die sehr bald wachsenden Aufgaben der Verlagsanstalt bei der Herstellung von allen möglichen Druck- und Papierwaren für die Konsumvereine nötigte im Jahre 1907 zur Errichtung einer eigenen Druckerei in den Verwaltungsgebäuden der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg. Zu allem, was in der Verlagsanstalt bereits hergestellt wurde, kam im Jahre 1909 auch noch die eigene Tüten- und Beutelfabrikation, allerdings zunächst nur in gemieteten Räumen.

Die glänzende Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung drängte zu immer neuen Betriebsveränderungen, so daß im Jahre 1912 für das genossenschaftliche Verlagsunternehmen eine neue Grundlage geschaffen werden mußte. Es kam am 26. November genannten Jahres zur Gründung der heutigen Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. als nunmehr gemeinsames Unternehmen der angeschlossenen Konsumvereine. Zugleich ging man auch an die Erbauung eines neuen eigenen großartigen Verwaltungs- und Betriebsgebäudes in Hamburg, Beim Strohhause 38, das seitdem baulich mehrfach erweitert worden ist. Die Verlagsgesellschaft unterhält außer ihrer technisch und maschinell aufs neuzzeitlichste eingerichteten Buchdruckerei, Steindruckerei, Buchbinderei und mehreren Nebenbetrieben bekanntlich auch eine Versicherungsabteilung für die dem Zentralverband angeschlossenen Vereine und deren Mitglieder.

Die geschäftliche Entwicklung der Verlagsgesellschaft war, abgesehen von gewissen Schwankungen in der Kriegs- und

Nachkriegszeit, ein immerwährender Aufstieg. Die Umsätze stiegen seit dem Gründungsjahr von 188 809 M auf schätzungsweise 12 Millionen Mark im Jahre 1928, die Prämienätze der Versicherungsabteilung von 10 759 M im Jahre 1905 auf nunmehr schätzungsweise 4 Millionen Mark; die Auflagenzahl der vom Zentralverband herausgegebenen „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vermehrte sich von 6400 auf jetzt rund 28 000, die des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts“ von 146 000 auf rund 1 200 000 Stück je wöchentliche bzw. zweiwöchentliche Ausgabe. Die Zahl der insgesamt beschäftigten Personen stieg im Laufe der 25 Jahre von 11 auf 1025. Die Verlagsgesellschaft ist auch zurzeit mit Erweiterungsprojekten beschäftigt. Infolge der erwähnten Steigerungen hat die Gesellschaft im Jahre 1928 einen größeren Neubau errichten lassen, in dem zurzeit eine neue Tiefdruckabteilung eingerichtet wird.

So ist aus der früheren kleinen Verlagsanstalt durch genossenschaftlichen Willen und ebensolche Treue eines der kapitalkräftigsten, größten und am besten eingerichteten Druckereiu- unternehmungen und zugleich auch der größte Betrieb konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion entstanden.

### Gestorben sind:

Am 5. Dezember die Zigarettenpaderin Käthe Lauts, 42 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 7. Dezember der Zigarrenarbeiter Friedrich Sasse, 77 Jahre alt (Zahlstelle Uchim).

Am 7. Dezember die Maschinenhilfsarbeiterin Auguste Didow, 34 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 8. Dezember der Zigarrenarbeiter Otto Floth, 52 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 10. Dezember die Zigarettenpaderin Maria Dink, 21 Jahre alt (Zahlstelle Trier).

Am 15. Dezember der Zigarrenarbeiter Wilhelm Zöllner, 75 Jahre alt (Zahlstelle Erleben).

Am 18. Dezember der Zigarrenarbeiter Karl Stehl, 55 Jahre alt (Zahlstelle Kleinammerdter).

Am 19. Dezember der Zigarettenforterer Georg Helmen- tam p, 56 Jahre alt (Zahlstelle Kreuznach).

Am 21. Dezember der Zigarrenarbeiter Wilhelm Bier- schenk l, 83 Jahre alt (Zahlstelle Wansfried).

Am 22. Dezember der Zigarrenarbeiter Gerhard Her- bers, 62 Jahre alt (Zahlstelle Drsoy).

Am 23. Dezember der Zigarrenarbeiter Gustav Bäcker, 53 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Am 23. Dezember der Zigarrenarbeiter Emil Gehles, 72 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 26. Dezember der Zigarrenarbeiter Wilhelm Gün- ther, 77 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Am 27. Dezember der Zigarrenarbeiter Theodor Pol- ster, 71 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

### Ehre ihrem Andenken!

„Oh, ich bitte Sie, schicken Sie den armen jungen Mann wegen dieser Kleinigkeit nicht fort!“

„Es geht nicht anders, Madame. Unsere Kundinnen haben Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit. Das ist — unter allen Umständen — der Grundsatz der Firma!“

„Nein, mein Herr, solche Wichtigkeit hat es denn doch nicht. So dringend wird der Stoff nicht gebraucht. Mir ist auch mit Poplin sehr gut gedient.“

Das Gesicht des Rayonchefs heiterte sich auf und in nachgiebigem Ton sagte er:

„Da Sie um Nachsicht für ihn bitten, kann ich sie nicht verweigern! Aber, daß mir so was nicht noch einmal vorkommt!“

Und während Anatol sich entfernte, indem er auf seine Wohltäterin einen Blick unaussprechlichen Dankes richtete, be- fahl der Chef der Verkäuferin:

„Fräulein, zeigen Sie der Dame Poplin!“

Aber da Frau Roududu daheim 10 Meter Poplin hatte, für die sie keine Verwendung wußte, ging sie nach der Parfümerie- abteilung. Ja, was sollte sie dort kaufen?

Sie wußte es selbst nicht... Weilchen?... Reseda?... Heliotrop? Verschiedene Odeure in schöngeglänzten Flakons?

Sie zögerte, denn sie brauchte eigentlich wirklich nichts, — da weckte plötzlich hinter ihr ein Gespräch ihre Aufmerksamkeit. „Madame“, sagte eine zornige Stimme, „Sie haben recht, das ist in der Tat erstaunlich! Und ich bitte Sie, uns entschuldigen zu wollen! Seit einer Woche haben wir mehr als 1000 Flakons „Mein Kuß auf dein Herz“ verkauft. Darum ist nichts mehr vor- handen... Nur hätten wir uns neu eindecken müssen... Ich

verschaffe mir gleich Aufklärung... Fräulein, wollen Sie Herrn Anatol rufen!“

Und Anatol kam... Frau Roududu hörte zu ihrer Ueber- raschung, daß der Chef der Parfümerieabteilung ihm eine harte Strafpredigt wegen seiner Nachlässigkeit hielt und ihn mit sofor- tiger Entlassung drohte... Die Käuferin aber wollte nicht, daß er seine Stellung verlore und erklärte sich bereit, mit einem an- deren Parfüm vorliebzunehmen...

Frau Roududu begriff alles. Sie entrüstete sich, daß sie durch diese Komödie genasführt worden war.

Ebenso wie es auf den Häusern Blitzableiter gab, die bei Ge- wittern die Blitze unschädlich machen, so gab es in den Waren- häusern unglückliche Angestellte, deren Aufgabe darin bestand, die nervösen Auswülfungen der Kunden über sich ergehen zu lassen.

So ein Angestellter war der Sündenbock. Er mußte alle Sünden Israels auf sich nehmen. Er hatte von einem Rayon zum andern zu laufen, von ihm wurde alles gefordert, ihm drohte man... Er widersprach nicht, mehrte sich nicht. Gewissenhaft spielte er seine Rolle; außerdem verlangte man für sein be- scheidenes Gehalt nichts von ihm. Frau Roududu ist ein wenig verstimmt nach Hause zurückgekehrt. Hat sie aus dieser kleinen Lektion etwas gelernt? Absolut nichts! Sie ist völlig bereit, sich wieder in der gleichen Weise zum besten haben zu lassen. Man wird sie noch oft mit dem Anatol-Trick bedienen. Er wird ganz alltäglich ausgeübt.

Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde

